



## **Wissenschaftsausschuss**

### **53. Sitzung (öffentlich)**

19. August 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:35 Uhr bis 17:40 Uhr

Vorsitz: Helmut Seifen (AfD) (Vorsitzender)

Raphael Tigges (CDU) (stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

	<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>7</b>
<b>1</b>	<b>Gender-Sprache in Nordrhein-Westfalen abschaffen – Wiederbelebung des generischen Maskulinums</b>	<b>8</b>
	Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/5358	
	– Abschließende Beratung und Abstimmung	
	– Wortbeiträge	
	Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der AfD-Fraktion ab.	

- 2 Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes NRW 11**
- Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/8298 (Neudruck)
- Abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.
- 3 Bildungsgerechtigkeit herstellen und Lehrkräftemangel gemeinsam bekämpfen – Alle Akteure an einen Tisch! 13**
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/7541  
Ausschussprotokoll 17/1011 (Anhörung vom 20.05.2020)
- Abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.
- 4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Stiftung für Hochschulzulassung“ und zur Änderung weiterer Gesetze im Hochschulbereich 15**
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/9830
- Verfahrensabsprache
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf einstimmig zu.

**5 Studierende unterstützen – Beantragung und Bearbeitung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz BAföG digitalisieren 16**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/9821

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, ein Expertengespräch durchzuführen.

**6 Nordrhein-Westfalens Potenziale nutzen: Frauen in der Wissenschaft stärken, Entgelt Differenz abbauen, diskriminierungsfreie Beurteilung von Leistung in der Wissenschaft gewährleisten 17**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/9816

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen.

**7 Fair geht mehr: Gendergerechtigkeit und Digitalisierung zusammen denken – Strukturelle Benachteiligungen von Frauen abbauen und brachliegendes Potenzial für die digitale Transformation nutzen 18**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/9811

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an der Anhörung des federführenden Ausschusses zu beteiligen.

- 8 Akademisierung der Hebammenausbildung** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 1]*) **19**  
Vorlagen 17/2712/3048  
– mündlicher Bericht der Landesregierung  
– Wortbeiträge
- 9 Corona-Hilfen für die Studierenden in NRW** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **23**  
Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/3680  
– Wortbeiträge
- 10 Cyberangriffe und IT-Sicherheit** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **24**  
Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/3691  
– Wortbeiträge
- 11 Geplante Kürzungen des Forschungsrahmenprogramms „Horizon Europe“** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **26**  
Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/3730  
– Wortbeiträge
- 12 Zahl der Bafög-Empfänger** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **27**  
Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/3690  
– keine Wortbeiträge

<b>13</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>28</b>
<b>a)</b>	<b>22. Weiterbildungskonferenz NRW</b>	<b>28</b>
	Der Ausschuss beschließt einstimmig, am 22. September 2020 zwischen 14 und 18 Uhr eine Nachbesprechung der 22. Weiterbildungskonferenz NRW durchzuführen und die Sitzung per Livestream zu übertragen.	
<b>b)</b>	<b>23. Weiterbildungskonferenz NRW</b>	<b>28</b>
	Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, vorbehaltlich der Zustimmung der weiterbildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher die 23. Weiterbildungskonferenz NRW am 10. März 2021 oder am 14. April 2021 durchzuführen.	
<b>c)</b>	<b>Weiterbildungseinrichtungen</b>	<b>28</b>
<b>d)</b>	<b>50 Jahre Wissenschaftsministerium</b>	<b>30</b>



#### **4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Stiftung für Hochschulzulassung“ und zur Änderung weiterer Gesetze im Hochschulbereich**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/9830

– Verfahrensabsprache

*(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Wissenschaftsausschuss am 24.06.2020)*

**StS Annette Storsberg (MKW)** weist auf die zentrale Bedeutung des Gesetzentwurfs für die Gemeinschaft aller Länder hin. Der Gesetzentwurf solle die Governance der „Stiftung für Hochschulzulassung“ für alle Bundesländer regeln.

Die KMK habe sehr, sehr lange über den Gesetzentwurf beraten. Insbesondere hinsichtlich der Governance der Stiftung bestehe dringender Reformbedarf. Die Arbeit der Stiftung habe sich in den letzten Jahren sehr stark verändert und sei mittlerweile in hohem Maße IT-gestützt. Deshalb bestehe Einigkeit über die Notwendigkeit, die Governance deutlich zu verändern. Entsprechende Vorschläge seien in dem Gesetzentwurf enthalten. Sie stellten auch aus Sicht der bundesdeutschen Hochschulen den richtigen Weg dar. Mit Blick auf die finanziellen Auswirkungen habe eine Abstimmung mit der Finanzministerkonferenz stattgefunden.

In einem zweiten Teil des Gesetzentwurfs gehe es um eine eher beamtenrechtliche Regelung, die sich aus der Pandemie-Situation ergebe. Das, was die Bundesregierung bereits für den Nichtbeamtenbereich geregelt habe, müsse auch für den Beamtenbereich geregelt werden.

**Matthi Bolte-Richter (GRÜNE)** erkundigt sich nach den noch offenen Änderungswünschen.

**StS Annette Storsberg (MKW)** erläutert, es könne nur um Änderungsvorschläge aus der parlamentarischen Mitte handeln. Diese könnten getrennt eingebracht werden.

**Dr. Stefan Nacke (CDU)** hält eine Entscheidung des Ausschusses über den Gesetzentwurf für dringend, um den Prozess nicht zu verzögern.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf einstimmig zu.

